

**University of Groningen**

## **Unverdientes Lob für die Demokratieförderung durch die EU**

Kochenov, Dimitry

*Published in:*  
Europäische Rundschau

**IMPORTANT NOTE: You are advised to consult the publisher's version (publisher's PDF) if you wish to cite from it. Please check the document version below.**

*Document Version*  
Publisher's PDF, also known as Version of record

*Publication date:*  
2014

[Link to publication in University of Groningen/UMCG research database](#)

*Citation for published version (APA):*

Kochenov, D. (2014). Unverdientes Lob für die Demokratieförderung durch die EU. *Europäische Rundschau*, (2), 31-37. [http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract\\_id=2462311](http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=2462311)

### **Copyright**

Other than for strictly personal use, it is not permitted to download or to forward/distribute the text or part of it without the consent of the author(s) and/or copyright holder(s), unless the work is under an open content license (like Creative Commons).

The publication may also be distributed here under the terms of Article 25fa of the Dutch Copyright Act, indicated by the "Taverne" license. More information can be found on the University of Groningen website: <https://www.rug.nl/library/open-access/self-archiving-pure/taverne-amendment>.

### **Take-down policy**

If you believe that this document breaches copyright please contact us providing details, and we will remove access to the work immediately and investigate your claim.

*Downloaded from the University of Groningen/UMCG research database (Pure): <http://www.rug.nl/research/portal>. For technical reasons the number of authors shown on this cover page is limited to 10 maximum.*

# Unverdientes Lob für die Demokratieförderung durch die EU

Dimitry Kochenov\*

Trotz der zahlreichen Veröffentlichungen, die das Gegenteil behaupten, scheint die Beweislage, daß die EU Demokratie fördert, sowohl intern als auch extern recht dürftig. Die Union kann sich keiner klaren Standards rühmen, hat keine verlässlichen Verfahren oder die institutionelle Kapazität entwickelt, um Demokratie in einem der beiden Bereiche voranzutreiben. Sogar die Heranführungsstrategie,<sup>1</sup> wonach sich die Beitrittsländer dem Willen der EU de facto völlig unterwerfen müssen, die als Riesenerfolg dargestellt wurde, muß als fragwürdig bezeichnet werden, wenn man die tatsächlichen und nicht nur die vermeldeten Ergebnisse betrachtet. Durch den Heranführungsprozeß konnte keine anhaltende Wirkung erzielt werden, wie die Beispiele Ungarn oder Rumänien deutlich zeigen, die unter anderem ernsthafte Probleme bezüglich Demokratie und Rechtsstaatlichkeit erleben.<sup>2</sup>

Letztlich haben die Heranführungshilfe an Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie die EU-Erweiterungen als solche nicht nur eine tiefgreifende Auswirkung auf den europäischen Konstitutionalismus gehabt,<sup>3</sup> sondern die EU auch zusätzlichen Gefahren ausgesetzt, die damit zusammenhängen, daß nun Staaten Vollmitglieder sind, die im Hinblick auf die Grundwerte äußerst problematisch sind. Statt sich mit der Lösung anstehender Probleme zu beschäftigen,<sup>4</sup> rücken nun Kernthemen wie die inneren Werte<sup>5</sup> und die Stärkung der Demokratie in den Mitgliedsstaaten in den Fokus.<sup>6</sup> Solche Gefahren sind heute besonders aktuell, da die EU neben einer verfehlten Heranführung zur Demokratie über keine gangbaren internen Korrekturmechanismen verfügt, um die Mißerfolge im Beitrittsprozeß zu korrigieren, ganz zu schweigen von der Demokratisierung andernorts: Die Bemühungen der EU, die demokratische Situation selbst in unmittelbaren Nachbarstaaten wie Weißrußland und der Ukraine – ja sogar im Kosovo, das die EU selbst geschaffen hat – zu normalisieren, waren großteils vergeblich. Intern kann Artikel 7 der EU-Verfassung nicht die so dringend benötigten Lösungen bieten und andere Methoden werden gerade ausprobiert.<sup>7</sup>

Daher muß die EU ihre Haltung zur nationalen Demokratie in den Mitgliedsstaaten – wie auch in Drittstaaten – dringend überdenken. Gleichzeitig sollte die EU ihre

Ansprüche nach außen mäßigen. Im Grunde scheinen alle Unsicherheiten und Schwierigkeiten, die mit der Demokratieförderung und -erhaltung nach innen und außen in Zusammenhang stehen, auf das Vakuum zurückzuführen zu sein, das die Union in ihrem Kern erleidet,<sup>8</sup> wenn sie einen Zugang zur Gerechtigkeit aufbauen und durchsetzen will, der eigentlich von dem Markt abhängig ist, und sie es nicht schafft, das Projekt von Grund auf außerhalb des Marktparadigmas zu prüfen. So ist eine ernsthafte demokratiebasierte Mobilisierung des Rechtssystems der Union nicht möglich.<sup>9</sup>

---

#### Für mehr Nüchternheit bei der Berichterstattung

---

Gleichzeitig wird davon ausgegangen, daß die EU die Demokratie fördert, und dies wirft wiederum eine Reihe von Fragen auf, insbesondere, wie begründet es ist, so über die Union zu denken. In diesem Artikel soll vor allem dargelegt werden, daß jene, die allzu eifrig Lobeshymnen auf die Union anstimmen, vielleicht etwas zu optimistisch bezüglich deren Möglichkeiten zur Förderung der Demokratie sein könnten. Eine ganz andere Deutung der Mißerfolge und Erfolge der Union auf diesem wichtigen Gebiet ist durchaus möglich. Da die Skepsis der Ausgangspunkt für jede wissenschaftliche Untersuchung ist, ist es durchaus lohnenswert, diese Skepsis im Gegensatz zu den zahlreichen positiven Berichten ernst zu nehmen. Das heißt, daß die Behauptung, die EU fördere die Demokratie, nichts weiter ist als eine Bestätigung eines selbstbeweihräuchernden Berichts der Institutionen, die Öffentlichkeitsarbeit betreiben: die einige der wenigen sind, die scheinbar wirklich erfolgreiche Arbeit leisten.

Dieses Argument bezieht sich tatsächlich nicht nur auf die Demokratie als solche, sondern auch auf die Friedensideale,<sup>10</sup> die Rechtsstaatlichkeit, die Gleichheit und ähnliches. Die Folgen dieser vorherrschenden Sichtweise gehen in zwei Richtungen: Die Behauptungen über den Erfolg der Union sind in unserem Denken über die Union so fest verankert, daß deren Image weltweit zweifelsohne von dieser Selbstcharakterisierung als anerkannte Förderin der Demokratie profitiert. Die Institutionen, die ihre eigene Propaganda wahrscheinlich für bare Münze nehmen, haben gleichzeitig jedoch nur einen sehr geringen Einfluß auf die demokratische Integrität der Mitgliedsstaaten, weil allem Anschein nach nicht wirklich genug dafür getan wird, die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit zu garantieren, und diesem Ideal bei der Arbeit der Union nicht der notwendige Stellenwert eingeräumt wird.<sup>11</sup>

Der Artikel geht auf die Schwäche der Demokratieförderung der EU aus vier miteinander in Beziehung stehenden Perspektiven ein – die alle äußerst problematisch sind –, wie die Beziehung zwischen EU und Demokratie auf supranationaler Ebene, die Aktionsschwäche der EU – sowohl nach innen als auch nach außen – in Bereichen, die nicht mit dem *acquis*, dem Besitzstand (Anm. d. Ü.: Besitzstand ist das gemeinsame Fundament aus Rechten und Pflichten, die für alle EU-Mitgliedstaaten verbindlich sind), in Zusammenhang stehen, mit besonderer Berücksichtigung der ethischen Grundhaltung ihrer Funktionsweise, sowie dem Fehlen eines zugrunde liegenden Gerechtigkeitsaspekts im EU-Recht, und kommt dann zum Fehlen externer und interner demokratischer Standards, die klar auszuformulieren wären (oder auch nicht) – sowie zu den Instrumenten, um derartige fehlende Standards zu verteidigen. Ganz wesentlich ist, daß die Analyse darauf hinweist, daß die EU eine mißverstan-

dene Unterscheidung zwischen externen und internen Zusammenhängen bei der Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit betreibt. Die beiden sind sehr eng miteinander verflochten und die EU scheint bei beiden mehr oder weniger machtlos zu sein.

Die EU kann kein Beispiel bieten, sie verfügt nicht über die Standards und kann sich keiner wirksamen Instrumente rühmen, um sicherzustellen, daß Demokratie und Rechtsstaatlichkeit von ihren eigenen Mitgliedsstaaten oder ihren Nachbarn – ganz zu schweigen von der übrigen Welt – ernst genommen werden.

---

### Die wichtigsten Problemfelder in vier Schritten

---

Die Schwäche der EU als vermeintliche Förderin von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit kann auf unterschiedlichen Ebenen illustriert werden. Zunächst, und recht offensichtlich, war Demokratie nie die Stärke der EU. Ganz im Gegenteil – ob man nun die gesamte Debatte über das demokratische Defizit berücksichtigt oder nicht –, klar ist, daß die EU kein Gemeinwesen ist, das ernsthaft für sich in Anspruch nehmen kann, ein mehr oder weniger konventionelles Demokratievorbild zu sein: Sie ist nicht so demokratisch, wie ein Staat es wäre.<sup>12</sup> Wenn jedoch über die Förderung von Demokratie gesprochen wird, geht es nicht um die Demokratisierung anderer quasi-föderaler, der EU ähnlicher internationaler Organisationen und Strukturen, sondern um die Verbreitung von Demokratie in anderen Staaten: und dafür kann die EU kein gangbares Modell bieten.

Zweitens steht Demokratie nicht für sich allein, sie sollte im Kontext gesehen werden. Sie ist ein Werkzeug, um erwünschte Ergebnisse zu erzielen, und nicht Selbstzweck<sup>13</sup> – auch wenn beides manchmal Hand in Hand geht. Demokratie kann sogar böse und ungerecht sein – und dies kann wirklich niemand etablieren und fördern wollen, und daher sind Rechtsstaatlichkeit, Freiheit, Schutz der Menschenrechte neben einem attraktiven Gerechtigkeitsgedanken, der verteidigt werden kann und all die oben erwähnten Werte beeinflusst, unerlässlich. Es ist kein Geheimnis, daß die EU über nichts davon verfügt. Nur der Gedanke des Schutzes der Menschenrechte kann in der EU als Realität betrachtet werden: Alle anderen Grundwerte, insbesondere Gleichheit, Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit, gibt es nicht wirklich. Gráinne de Búrca hat vollkommen recht: Im Kontext der Union ist Gleichheit lediglich ein rhetorisches Vehikel, um vorher festgelegte Ergebnisse zu rechtfertigen;<sup>14</sup> außerdem ist auch die moralische Haltung des Gerichts nicht klar<sup>15</sup> und die Interpretation von Gerechtigkeit kommt – wie Andrew Williams in einem äußerst glaubwürdigen Bericht darstellt – lediglich einem Festhalten an einer am Markt orientierten Idee gleich, die von den Verfassern der Verträge proklamiert worden war.<sup>16</sup> Mit anderen Worten ist die EU angesichts ihrer Beschaffenheit eine sehr schlechte Kandidatin, um einen Standard nicht nur im Bereich der Demokratie an sich zu setzen, sondern in allen damit verbundenen Bereichen, die notgedrungen mit Demokratie zusammenhängen, ob wir dies nun wollen oder nicht.

Drittens – und dieser Punkt hängt direkt mit den beiden vorangegangenen zusammen – ist das EU-Recht über Demokratie und Rechtsstaatlichkeit (über Rechtmäßigkeit hinaus) nicht existent. Demzufolge gibt es keinen Besitzstand, auf den man sich beziehen kann, und keine Demokratiestandards, die nach innen oder außen gefördert werden könnten. Demokratie liegt jenseits der EU, wie auch Gerechtigkeit und damit

zusammenhängende Begriffe. Die Werte von Artikel 2 EUV sind daher quasi Fremdkörper innerhalb des Besitzstandes. Die Standards können – und das ist der springende Punkt – auch nicht von den Mitgliedsstaaten kommen, da diese viele jeweils ganz unterschiedliche Modelle vertreten. Demokratie ist in Polen etwas ganz anderes als in den Niederlanden und im Vereinigten Königreich. In diesem Zusammenhang davon zu sprechen, die EU fördere die Rechtsstaatlichkeit in der Welt, kommt der Aufforderung gleich, meine geliebte orange Katze, wie klug auch immer sie sein mag, solle LKW-Fahrstunden geben. Die Ergebnisse beschränken sich auf enorme Ausgaben<sup>17</sup> in der Mehrheit der Fälle ohne jegliche Chance, eine Veränderung zu erzielen.<sup>18</sup> Zudem, und das ist entscheidend, ignoriert die Rhetorik über die Demokratieförderung der EU den demokratischen Elan in den sich demokratisierenden Staaten selbst – wie Sadurski deutlich macht:<sup>19</sup> Ob der EU etwas zugeschrieben werden soll, das eigentlich vor Ort geschieht, ist oft zumindest sehr unklar. Es gibt keinen logischen Zusammenhang zwischen dem Handeln der EU und dem Demokratisierungserfolg, auch wenn dieser von der Kommission als gegeben angenommen wird.<sup>20</sup>

Obwohl es kein Gesetz gibt, enthalten die Verträge eine Reihe politischer Versprechen, die sich auf die Werte beziehen, auf denen die EU gründet, von denen angenommen wird, daß sie sie mit den Mitgliedsstaaten teilt,<sup>21</sup> auch in Artikel 7 EUV, der die Mitgliedsstaaten, die von jenen Werten abweichen, wieder zur Einhaltung derselben veranlassen soll. Angesichts des Wortlauts dieser Bestimmung ist jedoch völlig klar, daß die Werte vorrangig durch die Brille der Politik und nicht als gesetzliche Verpflichtungen gesehen werden, was auch den Ausschluß des Europäischen Gerichtshofs von dem durch diese Bestimmung eingeführten *Procedere* erklärt.<sup>22</sup> Mit anderen Worten, die Demokratie auf Ebene der Mitgliedsstaaten und die Rechtsstaatlichkeit liegen nicht im Aufgabenbereich der EU, gleichgültig was wirklich in den betroffenen Mitgliedsstaaten vor sich geht, es sei denn, es wird eine durch Artikel 7 EUV bestimmte politische Ausnahme gemacht. Da die Bestimmung als solche keine, welche auch immer gearteten anwendbaren Standards zur Demokratiebewertung vorsieht, ist es wichtig, festzuhalten, daß es übertrieben wäre, Demokratie als eine durchsetzbare rechtliche Voraussetzung im Kontext des EU-Rechts anzusehen.

Viertens zeigt der Einsatz der Werte, die Artikel 7 EUV in dem anderen, ebenso schwierigen Kontext – den Außenbeziehungen der EU – schützen soll, ganz deutlich, daß ihnen jedweder klar entzifferbare Inhalt fehlt. Dies ist so, da die Einhaltung derselben üblicherweise als Ausgangspunkt für Drittstaaten dient, die schon eine Vertragsbeziehung mit der EU haben, um sich an der Europäischen Nachbarschaftspolitik oder an deren geografischer Adaptation, der Östlichen Partnerschaft, zu beteiligen. Zu behaupten, die Ukraine, Aserbaidschan und die palästinensischen Autonomiegebiete hätten die gleichen Werte wie die EU, wäre ein Affront, wenn man dies ernst nimmt. Aber die Werte an sich werden in der EU nicht wirklich ernst genommen – nicht einmal innerhalb der Union; dies ist wahrscheinlich auch der Grund, weshalb Artikel 7 EUV noch nie zur Anwendung kam.

Eine sorgfältige Durchsicht des Besitzstandes und der Art und Weise, wie das EU-Recht innerhalb der Union funktioniert, beweist, daß Demokratie kein echtes Rechtsprinzip ist, sondern lediglich ein politischer »Wert«, welcher der Union und den Mitgliedsstaaten zugrunde liegt, ohne eigentlich verbindlichen gesetzlichen Inhalt. Nicht durchsetzbar und vage, trägt er nur wenig zur tatsächlichen Funktionsweise der Union und deren sprichwörtlichem demokratischen Defizit bei.

Zweifelsohne ist dies ein großes Problem, dessen man sich in der Union durchaus bewußt ist, insbesondere dann, wenn EU-Mitgliedsstaaten aus der Bahn geraten, vom demokratischen Weg abweichen. Es gibt zahlreiche Beispiele dafür, angefangen von Haider's Österreich bis zu den jüngsten Entwicklungen in Ungarn und Rumänien. Nach der Einfügung von Artikel 7 in die EU-Verträge, der sich am österreichischen Beispiel orientieren sollte und ganz eindeutig auf die kurz danach stattfindende Osterweiterung abzielte, ist die Antwort der EU ironischerweise um nichts fundierter oder überzeugender. Nichts, was gesetzlichen Mechanismen zum Schutz und zur Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gleichkäme, wurde in den Besitzstand inkorporiert. Die Werte bleiben weiterhin im wesentlichen außerhalb der EU-Kompetenz, was sich direkt darauf auswirkt, wie die EU diese fördern kann, und eine rechtstheoretische Debatte ausgelöst hat, wie diese wichtige Lücke in turbulenten Zeiten geschlossen werden könnte.<sup>23</sup>

Ganz wichtig ist, in aller Deutlichkeit zu erkennen, daß die jüngsten Probleme mit demokratischem, verantwortungsbewußtem Handeln in mittel- und osteuropäischen Ländern entstanden,<sup>24</sup> die mit der größtmöglichen Gründlichkeit in bezug auf Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gefördert worden waren; gerade diese Gründlichkeit war es, welche die Kommission zu ihrer selbstbeweihräuchernden Rhetorik veranlaßte und die schon von einer Unzahl von Wissenschaftlern als Erfolg verbucht worden war, noch bevor diese Länder wirklich der Union beigetreten waren. Das sagt gewiß einiges über den Wert des angeblichen Erfolgs der Union in diesem Bereich aus – zumindest bezüglich der Organisation der Förderung von Demokratie im Kontext der rechtlich-politischen Erweiterungsregelung.

---

#### Keine Garantien für Demokratisierung in den Mitgliedsstaaten

---

An dieser Stelle wird ganz deutlich, daß es schwerwiegende Probleme mit der Demokratie(-förderung) in der Union gibt. Es ergeben sich mindestens drei Grundprobleme. Erstens kann unmöglich erwartet werden, daß sich die EU je nur aus akzeptablen Demokratien zusammensetzen wird: Wir alle wissen nur zu gut, daß Abweichungen nicht als unmöglich angesehen werden sollten. Zweitens kann unmöglich davon ausgegangen werden, daß die EU in der Lage ist, die Probleme im Bereich der Demokratie anzugehen. Wie die jüngste Vergangenheit gezeigt hat, sind aller Wahrscheinlichkeit nach weder Artikel 7 EUV noch die Verletzungsverfahren der Kommission wirksam. In diesem Zusammenhang sollte sich die EU einfach ausklinken, während die Mitgliedsstaaten die Sache durchziehen, wie dies in Österreich der Fall war. Drittens ist die viel gerühmte EU-Heranzführungsstrategie zur Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit etc. absolut keine Garantie dafür, daß die so überprüften Staaten in diesen Bereichen nicht scheitern, was den Behauptungen der Kommission widerspricht, daß es einen Zusammenhang zwischen Demokratisierung in einigen Staaten und den eigenen Aktivitäten gibt. Noch schwerer wiegt indes, daß die EU angesichts des gescheiterten Demokratietests im eigenen Haus (innerhalb der Union) und an dessen Schwelle (im Kontext der Beitrittsländer) aller Wahrscheinlichkeit nach äußerst wenig Erfolg bei der Demokratisierung andernorts haben wird. Erfolge können nirgendwo erwartet werden – Weißrußland? Rußland? Bosnien? Kosovo? Die jüngsten Beispiele machen dies besonders deutlich: Der EU ist es nicht gelungen, im eigenen Hause, z. B. in Ungarn, Rumänien etc., das demokratische

Ideal zur Gänze durchzusetzen, die EU kann nicht einmal ihre eigenen Gebiete verwalten.

Es zeichnet sich ein recht düsteres Bild ab. Es ist aber wichtig, dies auch deutlich zu machen. Vollkommen verfehlt wäre es, die EU für etwas zu rühmen, an dem sie gescheitert ist. Die Frage nach den Ursachen für die möglichen Mißerfolge ist eine etwas andere Sache. Natürlich trägt die EU nicht allein die Schuld, vielmehr haben die Mitgliedsstaaten selbst ihren Anteil daran. Die Union wurde nicht mit genügend Machtbefugnissen, Personal und Kompetenzen ausgestattet, um sinnvolle Arbeit leisten zu können, um eine klare Botschaft über die wahre Bedeutung von Demokratie und anderen in Artikel 2 EUV genannten Werten für die Union und ihre Mitgliedsstaaten auszusenden. Klar ist, daß das gegenwärtige Vorgehen keinerlei Lob verdient.

#### Anmerkungen

- \* Professor für EU-Verfassungsrecht, Universität Groningen. Die frühere Fassung dieses Artikels wurde bei der »Awkward Anniversary«-Konferenz an der Princeton University (April 2014) vorgetragen. Ich danke den Konferenzteilnehmern und vor allem Professor Jan-Werner Müller für die Kommentare und die freundliche Einladung zur Teilnahme.
- <sup>1</sup> Maresceau, M., »Quelques réflexions sur l'application des principes fondamentaux dans la stratégie d'adhésion de l'UE«, in: *Le droit de l'Union européenne en principes: Liber amicorum en l'honneur de Jean Raux*, Paris: LGDJ, 2006, S. 69.
- <sup>2</sup> Z. B. M. Bánkuti, G. Halmai und K.L. Scheppele, »Hungary's Illiberal Turn: Dismantling the Constitution«, *Journal of Democracy*, 21, 2012, S. 138.
- <sup>3</sup> Sadurski, W., *Constitutionalism and the Enlargement of Europe*, Oxford: OUP, 2012.
- <sup>4</sup> Kochenov, D., *EU Enlargement and the Failure of Conditionality*, Den Haag: Kluwer Law International, 2008.
- <sup>5</sup> Siehe u. a. Art. 2 EUV.
- <sup>6</sup> Für einen Überblick zu möglichen Lösungsansätzen siehe z. B. Closa, C., Kochenov, D. und Weiler, J. H. H., »Reinforcing Rule of Law Oversight in the European Union«, EUI Working Paper RSCAS 2014/25 (EUI Florenz), 2014.
- <sup>7</sup> Closa et al., *op cit.*
- <sup>8</sup> Williams, A., *The Ethos of Europe*, Cambridge: CUP, 2010.
- <sup>9</sup> Kochenov, D., de Búrca, G., und Williams, A. (Hrsg.), *Europe's Justice Deficit?*, Oxford: Hart, 2014 (i. E.).
- <sup>10</sup> Williams, *The Ethos of Europe*, *op. cit.*, Kap. 2.
- <sup>11</sup> Europäische Kommission, »Ein Neuer EU-Rahmen zur Stärkung des Rechtsstaatsprinzips«, Straßburg, 11. März 2014, COM(2014) 158 final.
- <sup>12</sup> Follesdal, A und Hix, S., »Why there is a democratic deficit in the EU«, European Governance Papers (EUROGOV) No. C-05-02, 2005.
- <sup>13</sup> Van Parijs, P., *The Machiavelli Programme*, London: ECPR, 2012.
- <sup>14</sup> de Búrca, G., »The Role of Equality in European Community Law«, in: Dashwood, A. und O'Leary, S. (Hg.), *The Principle of Equal Treatment in EC Law*, London: Sweet and Maxwell, 1997, 13, auf S. 14.
- <sup>15</sup> Kochenov, D. und Plender, R., »EU Citizenship: From an Incipient Form to an Incipient Substance«, 37 *European Law Review*, 2012, 369, auf S. 393–395.
- <sup>16</sup> Williams, A., »Taking Values Seriously: Towards a Philosophy of EU Law«, 20 *Oxford Journal of Legal Studies*, 2009, S. 549.
- <sup>17</sup> Ogerschnig, L., *EU Democracy Assistance*, Doktorarbeit (EHI, Florenz), 2013.
- <sup>18</sup> Europäischer Rechnungshof, »Rechtsstaatlichkeitshilfe der Europäischen Union für das Kosovo«, Sonderbericht Nr. 18, 2012.
- <sup>19</sup> Sadurski, *Constitutionalism and Enlargement*, *op. cit.*
- <sup>20</sup> Id., Kochenov, *EU Enlargement and the Failure of Conditionality*, *op. cit.*

<sup>21</sup> Art. 2 EUV.

<sup>22</sup> Zu einem Versuch, Artikel 7 umzuarbeiten, siehe Europäische Kommission, *op. cit.*

<sup>23</sup> Ciosa et al., *op. cit.*

<sup>24</sup> Neben Rumänien, Ungarn könnten auch Lettland, Estland und Slowenien genannt werden, wo große Bevölkerungsteile einfach von wesentlichen Rechten ausgeschlossen wurden: z. B. Polshchuk, V., *Shans vyzhit': Prava men'shinstv v Ėstonii i Latvii*, Tallinn, 2009.

## **Unverdientes Lob für die Demokratieförderung durch die EU (Undeserved Praise of the EU as a Democracy Promoter)**

### **Abstract in German**

Diese kurze Übersicht, welche auf Deutsch erscheint, hinterfragt basierend auf der grundlegenden Unterscheidung zwischen Acquis-zugehörigen und Nicht-Acquis-zugehörigen Bezügen den oft erwähnten Erfolg der EU als Förderer von Demokratie in ihrer Konditionalität und Unfähigkeit ihre Werte nicht nur extern, sondern auch intern zu fördern.

### **Abstract in English**

This very brief overview paper, which appears in the German language, questions the EU's often presumed record as a successful democracy promoter, based on of the vital distinction between the *acquis*-related and non-*acquis*-related issues, the track-record of democracy-promotion conditionality and the inability of the EU to be effective in promoting its values not only externally, but also internally.